

Wahlprüfsteine Oberbürgermeisterwahl Greifswald 2015

Bitte um Antwort bis Freitag, 10. April 2015

Gern per E-Mail an Absender, ansonsten:

Alternative Liste Greifswald

c/o Stralsunder Straße 46

17489 Greifswald

Fassbinder	Hochheim	Wieland	
<p>Die GRÜNE Fraktion setzt sich zusammen mit ihren Bündnispartnern seit Langem für eine angemessene Erhöhung der Grundsteuer B ein. Sie sollte in etwa dem Durchschnitt vergleichbarer Städte entsprechen. Bei einem unterdurchschnittlichen Hebesatz zahlen wir sozusagen für andere mit. Damit kann auch ein Oberbürgermeister nicht einverstanden sein.</p> <p>Mit Hilfe der Gewinnausschüttung der WVG kann in Greifswald Einiges möglich gemacht werden, was sonst nicht finanzierbar wäre. Da 40 % aller GreifswalderInnen Mieter der WVG sind, sind diese Kosten schon recht breit verteilt. Ich bin jedoch dafür, dass die WVG in den kommenden Jahren mehr in den Neubau günstigen Wohnraums investiert. Das kann eine Reduzierung der</p>	<p>Mieten steigen vor allem an Orten, an denen die Nachfrage das Angebot übersteigt. Greifswald ist durch seine wirtschaftliche Stärke, seine unterschiedlichen Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie die vielfältigen kulturellen und sportlichen Angebote eine der wenigen Städte in unserem Land, in der ein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen ist. Dies ist eine gute Nachricht, doch müssen wir dieser Entwicklung Rechnung tragen und künftig mehr Wohnraum bereitstellen. Ich bezweifle, dass die Mietpreisbremse hierfür ein geeignetes Instrument darstellt. Als Lösungsansatz kommen nach meiner Überzeugung verstärkte Investitionsanreize in Betracht, die zweckgebunden für investive Maßnahmen der Wohnraumförderung eingesetzt werden. Denn nur durch die</p>	<p>Boah... so viele Zahlen.... mein Kopf tut weh.</p>	<p>Mietersteuer / Grundsteuer B Im Moment sind die Mietpreisbremse (durch einen entsprechenden Antrag der SPD) und die Weigerung, die Grundsteuer B zur Finanzierung städtischer Vorhaben zu erhöhen (CDU) in der Diskussion. Wie stehen Sie zur Finanzierung städtischer Vorhaben durch die Mieter_innen der WVG (1,5 Monatsmieten pro Jahr) und die Festsetzung der Grundsteuer B? (Hebesätze: Greifswald/Rostock: 480; Stralsund: 500; Wismar/Neubrandenburg: 550; Schwerin: 630)</p>

<p>Gewinnausschüttung bedeuten.</p>	<p>Schaffung von Wohnraum kann mittelfristig eine ausgeglichene Marktsituation erreicht werden. Die Stadt kann in diesem Zusammenhang bestenfalls durch die Bereitstellung von preiswertem Bauland helfen. Hier sind eindeutig Bund und Land gefragt, entsprechende Fördermöglichkeiten bereitzustellen. Eine unmittelbare Finanzierung städtischer Vorhaben durch die Mieter der WVG gibt es nicht. Nach der Kommunalverfassung sollen kommunale Unternehmen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens nicht beeinträchtigt wird. Für die Jahre 2015 bis 2018 ist geplant, dass die WVG dieser rechtlichen Verpflichtung im Umfang von jährlich rund 4,1 Mio. EUR nachkommt. Diese Einnahme steht, wie die Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen dem städtischen Haushalt ohne Zweckbindung zur Verfügung. Die Mieten der WVG sind auch nicht höher als bei</p>		
-------------------------------------	---	--	--

	<p>anderen Vermietern, um die Gewinnabführung leisten zu können. Sofern (aus welchen Gründen auch immer) ganz oder teilweise auf die Gewinnabführung der WVG verzichtet würde, entstünde in gleicher Höhe ein Defizit im städtischen Haushalt, das sich nur durch die entsprechende Reduzierung der Ausgaben, die Steigerung der Einnahmen oder durch eine Kombination aus beidem ausgleichen ließe. Die Grundsätze der Einnahmebeschaffung sind in der Kommunalverfassung geregelt. Danach haben die Städte und Gemeinden die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Einnahmen zunächst aus den sonstigen Einnahmen (Mieten, Pachten, Zuschüsse, Zuwendungen) zu beschaffen. Sofern diese nicht genügen, ist im zweiten Schritt (soweit vertretbar und geboten) auf besondere Entgelte (Beiträge und Gebühren) für erbrachte Leistungen zurückzugreifen. Reichen auch diese Entgelte nicht aus, sind die erforderliche Einnahmen aus Steuern zu erzielen. Der</p>		
--	--	--	--

	<p>unterschiedlich hohe Finanzbedarf der einzelnen Städte erklärt die unterschiedliche Höhe der in den Haushaltssatzungen festgesetzten Hebesätze. Die städtische Haushaltswirtschaft ist seit vielen Jahren vergleichsweise solide geführt. Grundsätzlich bin ich der Auffassung, dass sich die Hebesätze möglichst auf oder knapp oberhalb des Landesdurchschnitts bewegen sollten. Denn dieser Durchschnitt wird vom Land bei der Berechnung der städtischen Schlüsselzuweisungen und der Kreisumlagen zu Grunde gelegt. Ein niedrigerer Hebesatz der Gemeinde bedeutet demnach nicht nur, auf eigene Einnahmen zu verzichten, sondern hat auch Nachteile bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage, weil das Land so tut, als seien die Einnahmen auf der Grundlage des Landesdurchschnitts erzielt worden. Dabei darf allerdings auch nicht übersehen werden, dass Greifswald bei der Berechnung des Landesdurchschnitts ausschließlich mit Stralsund,</p>		
--	---	--	--

<p>Die Möglichkeiten der Stadt in einen aktuellen Konflikt dieser Art einzugreifen, gehen über Gesprächsangebote und Vermittlungsversuche nicht weit hinaus. Hier gilt es vorbeugend zu handeln, dass es erst gar nicht zu solchen Konflikten kommt (z. B. Gestaltungssatzungen und Rahmenpläne, die vorhandene Strukturen schützen, Bereitstellung städtischer Grundstücke und Gebäude für selbstverwaltete Wohnprojekte etc.).</p>	<p>Rostock, Schwerin, Wismar und Neubrandenburg verglichen wird. Damit stellt jede Erhöhung der Realsteuern in der Stadt einen Wettbewerbsnachteil im Vergleich zum Umland dar, denn bei allen anderen Gemeinden liegt der Landesdurchschnitt bei deutlich unter 400 Hebesatzpunkten, während die großen Städte inzwischen bei deutlich über 500 Hebesatzpunkten liegen.</p> <p>Das Haus war, wie viele alte Häuser in unserer Stadt, ohne Zweifel schützenswert. Aber nicht jedes alte Haus ist auch ein Einzeldenkmal. Seitens der Unteren Denkmalschutzbehörde und des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege wurde geprüft, ob ein Denkmalwert besteht. Dieser konnte aber nicht festgestellt werden. Zudem sind Versuche unternommen worden, den Eigentümer des Grundstücks zu einem Grundstückstausch zu bewegen um das Haus zu retten. Auch diese waren letztlich erfolglos. In dieser Konstellation</p>	<p>Brinke bleibt!</p>	<p>Brinke: Voraussetzungen und Folgen Sehen Sie nach dem Abriss der Brinke 16/17 (das Gebäude sahen viele als schützenswert an) Handlungsnotwendigkeiten seitens der Stadt Greifswald? Wenn ja, welche Möglichkeiten hat aus Ihrer Sicht die Stadt, um künftig in ähnlichen Konstellationen eingreifen zu können?</p>
--	---	-----------------------	---

<p>Die GRÜNEN haben sich dafür eingesetzt, dass es eine personelle Lösung für die Querung der Brücke geben soll. Dies wurde von der Stadtverwaltung abgelehnt. Inzwischen hat sich der Poller glücklicherweise bewährt. Eine vollständige Sperrung der Brücke ist für die Wiecker und Ladebower Bevölkerung nicht zumutbar. Der Sozialraum der BewohnerInnen dieser Ortsteile liegt im benachbarten Eldena und Ostseevierviertel (Schulen, Kitas, die</p>	<p>oblag es am Ende ausschließlich dem Eigentümer zu entscheiden, wie mit der Immobilie weiter verfahren werden soll. Zur Vermeidung solcher Ereignisse besteht grundsätzlich die Möglichkeit, das äußere Erscheinungsbild historisch wertvoller Ensembles durch die Ausweisung von Denkmalbereichen zu schützen. In Denkmalbereichen unterliegen Arbeiten, mit denen das äußere Erscheinungsbild der Gebäude verändert werden soll, einem Genehmigungsvorbehalt.</p> <p>Seit mehr als einem Jahr arbeitet der installierte Poller störungsfrei. Es gibt also kein Poller-Possenspiel (mehr). Auch gibt es nichts zu entwidmen. Denn die Wiecker Brücke ist von ihrer Bestimmung ein Fuß- und Radweg, der nur ausnahmsweise von den hierzu berechtigten Fahrzeugführern benutzt werden darf. Diese mittels Satzung geregelte Benutzung der Brücke ist auch sinnvoll, da sich die von den Bewohnern der Ortsteile</p>	<p>Da in meiner Amtszeit zahlreiche Brücken und Tunnel über und unter den Ryck errichtet werden, brauchen wir die Wiecker Brücke nicht mehr als Überquerung.</p>	<p>Wiecker Brücke Wie stehen Sie zu einer Entwidmung der Wiecker Brücke, sie also autofrei zu machen, um das Poller-Possenspiel endgültig zu beenden und die Brücke nachhaltig zu schonen?</p>
---	--	--	---

<p>nächsten Einkaufsmöglichkeiten, ÄrztInnen). Insbesondere ÄrztInnen und Einkaufsmöglichkeiten müssen gerade für die überwiegend ältere Bevölkerung von Wieck barrierefrei zugänglich bleiben. Im Übrigen müssten für eine nachhaltige Schonung der Brücke insbesondere die Brückenzüge reduziert werden. Denn nachweislich sind es die Zugkräfte beim Brückenzug, die sich besonders nachteilig auf den Zustand der Brücke auswirken. Es ist auch zu überlegen, ob diejenigen, für die die Brücke hochgezogen wird, sich nicht an den Kosten beteiligen können.</p> <p>Wir fällen zu viele Bäume und pflanzen zu wenige an. Der Erhalt der Bäume muss von vorne herein als Ziel in die Bauplanungen aufgenommen werden.</p>	<p>Wieck und Ladebow genutzte städtische Infrastruktur (Kindertagesstätten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten) im Wesentlichen auf der Südseite des Ryck befindet.</p> <p>Grundsätzlich ist es schade um jeden Baum, der fallen muss. Doch manche Bauvorhaben lassen sich anders nicht realisieren. Deshalb muss auch vor jeder Fällung eines Baumes die Genehmigung der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald vorliegen, die auch die entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen festsetzt.</p>	<p>Ist blöd. Schon alleine, weil Bäume immer so ewig zum wachsen brauchen.</p>	<p>Oberflächenversiegelung und Baumfällungen Wie stehen Sie zu der Tatsache, dass in Greifswald immer mehr Bäume einer versiegelten Oberfläche weichen müssen, zudem alte, gesunde Bäume durch pflegeleichte Neuanpflanzungen ersetzt werden?</p>
---	--	--	---

<p>Die GRÜNEN kämpfen seit Monaten gegen die Fusionsbestrebungen und für den Erhalt des Mehrspartentheaters Vorpommern. Wir haben im Herbst 2014 ein eigenes, durchgerechnetes Konzept für ein eigenständiges Theater Vorpommern vorgelegt. Das Modell wurde von den Gewerkschaften übernommen und verbessert. Es steht am 13. April in der Bürgerschaft als gemeinsame Vorlage von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und Linke zur Abstimmung. Wir bekennen uns zum Theater und fordern mit unserem Antrag eine angemessene Dynamisierung der kommunalen Mittel. Dabei müssen die anderen Kulturträger in der Stadt im Auge behalten werden und eine Erhöhung der Mittel für das Theater mit Augenmaß erfolgen.</p>	<p>Ich könnte mir die Beibehaltung des Theaters Vorpommern in seiner derzeitigen Struktur vorstellen, sofern dessen Finanzierung durch die Gesellschafter und das Land auf Dauer gesichert ist. Hierzu fehlen derzeit noch belastbare Aussagen.</p>	<p>Theater bleibt und wir bauen ein neues Amphitheater.</p>	<p>Theater''reform'' Wie stehen Sie zum Vierspartentheater in Greifswald bzw. im Rahmen der TVP und der Beibehaltung der bisherigen Quantität und Qualität des Spielbetriebes? Welchen städtischen Beitrag sehen Sie zur Aufrechterhaltung als sinnvoll und möglich an?</p>
--	---	---	--

<p>Auf Antrag der GRÜNEN ist die KUS-AG aufgewertet worden. Dort wird an einer neuen Satzung und eine Erweiterung der Angebote für KUS-InhaberInnen gearbeitet. Ich werde das Gespräch mit möglichen Anbietern für KUS-Ermäßigungen suchen. Außerdem trete ich dafür ein, dass neben den Stadtwerken auch die anderen Anbieter zumindest teilweise einen Ausgleich für ihre reduzierten Einnahmen erhalten. Auf Vorschlag der GRÜNEN hat sich die Stadt Greifswald ein 10-Punkte-Programm für Familienfreundlichkeit gegeben. Darin verpflichtet sich die Stadt zur besonderen Förderung von Familien mit mehreren Kindern. Ein Baustein ist dabei der KUS-Pass für große Familien.</p>	<p>Die Attraktivität des Kultur- und Sozialpasses hängt maßgeblich von den bereitgestellten Haushaltsmitteln und den damit gewährten Vergünstigungen ab. Ich halte eine intensivere Information über die Angebote für wichtig. Darüber hinaus könnte mich mir vorstellen, die Angebote des jetzigen KuS in eine „Greifswald-Card“ zu integrieren, mit der jedem Bürger ein rabattierter Zugang zu Kultur- und Freizeitangeboten gewährt wird. So könnte man nach Zahlung einer Jahres-, Halbjahres-, oder Quartalsgebühr kostenlosen Zugang zu den Angeboten der Stadt erhalten. Die Karte böte die Möglichkeit Anbieter, die nicht unmittelbar der Stadt zuzurechnen sind, einzuladen, an dem System teilzunehmen. Diese Karte halte ich für ein gutes Instrument, um Neubürgern unserer Stadt (Greifswald hat pro Jahr ca. 5000 Zuzüge zu verzeichnen) die Kulturangebote schnell näherzubringen, in dem die Karte jedem Neubürger für einen Monat kostenlos überlassen wird. Die Karte würde nach meiner</p>	<p>Joa, warum nicht. Ersteinmal wird der Name geändert. Diese Erweiterung mit einem S zu „KUSs“ ist ja furchtbar.</p>	<p>KUS für Bedürftige Wie kann die Attraktivität des KUS-Passes gesteigert werden? Welche konkreten Maßnahmen können Sie sich vorstellen? Soll der KUS-Pass auch künftig neben finanziell Benachteiligten auch Familien mit mehr als drei Kindern zur Verfügung stehen?</p>
---	---	---	---

	<p>Überzeugung die Intensität der Nutzung der Angebote erhöhen. Diese Karte böte aber auch erweiterte und einfachere Möglichkeiten aus sozialen Gründen Vergünstigungen zu gewähren und böte den Vorteil, dass der Einsatz der Karte nicht als stigmatisierend empfunden wird, da man sich nicht als sozial schwach outen muss. Der Umfang der Vergünstigung wäre dann „nur“ noch eine Frage der Haushaltsmittel. Hierüber hat die Bürgerschaft ebenso zu entscheiden, wie über die Frage, ob, und wenn ja in welchem Umfang, Familien mit mehr als drei Kindern Leistungen in Anspruch nehmen dürfen.</p>		
--	--	--	--

<p>Natürlich ist ein Deutschland schon seit vielen Jahren ein Zuwanderungsland. Darüber können wir uns freuen. Ich möchte, dass Greifswald sich weiterhin seiner Vielfalt bewusst ist und offen für Hilfebedürftige bleibt. Als Oberbürgermeister werde ich den Alteingesessenen und den Neuankömmlingen zuhören, informieren und bei aufkommenden Konflikten vermitteln. Im Kampf gegen rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und andere menschenverachtende Organisationen und Aktivitäten werde ich an der Spitze stehen. Wir brauchen kompetente AnsprechpartnerInnen für alle in unsere Stadt Ankommenden, eine alltäglich gelebte Willkommenskultur und eine Förderung von Begegnungskultur. Zusammen mit der WVG werde ich soweit gewünscht für eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge sorgen. Damit dies gelingt, brauchen wir mehr Personal für die Unterstützung der Neu-GreifswalderInnen. Flüchtlinge, AsylbewerberInnen</p>	<p>In einer Stadt mit einem angespanntem Wohnungsmarkt ist es zunächst erforderlich, die Aufnahme und langfristige Unterbringung der Flüchtlinge sicherzustellen. Nach dieser humanitären Aufgabe müssen wir uns aktiv der Integrationsarbeit widmen. Die Möglichkeit der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben steigt mit dem Erwerb von Kenntnissen und Fähigkeiten. Von zentraler Bedeutung ist deshalb zunächst das Erlernen der neuen Sprache. Durch eine stärkere Vernetzung mit der Universität kann es gelingen, entsprechende Deutschkurse zu organisieren. Wichtig ist auch, die Flüchtlingskinder in den Schulen und Kitas unterzubringen und die Eltern bei der Arbeitsaufnahme zu unterstützen.</p>	<p>Ohne Einwanderer können wir den Laden „Deutschland“ ja bald zu machen. Ich werde mich persönlich um die Flüchtlinge kümmern und wenn nötig auch Betten in meinem OB-Büro aufstellen lassen.</p>	<p>Integration bzw. Zuwanderung Teilen Sie die Ansicht, dass Deutschland ein Zuwanderungsland ist? Daraus folgend, welche konkreten Maßnahmen werden Sie zur Integration von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen für Greifswald ergreifen?</p>
---	--	--	--

<p>und ArbeitsmigrantInnen sollen rasch ein aktiver und integrierter Teil unserer Stadtgesellschaft werden. Ich werde mich deswegen für Mentorenprogramme für junge Menschen und für die Integration in Vereine und Nachbarschaften einsetzen. Freiwilliges Engagement wird stets meine Unterstützung finden. Ich werde mich sofort um ausreichend Sprachkurse kümmern und dabei auch die Zusammenarbeit mit der Universität suchen. Die Behörden der Stadt und des Kreises, insbesondere die Ausländerbehörde, müssen noch viel mehr ein Ort der Hilfe und des Empfangs sein. Unterstützung, nicht Abschreckung und Gängelung, müssen hier die Leitlinien werden.</p> <p>Frauenförderung ist ein zentrales Ziel GRÜNER Politik. Die Stadtverwaltung kann dabei mit familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen, Ausbau der</p>	<p>Die Gleichstellung von Frauen und Männern zählt schon lange zu den selbstverständlichen Aufgaben innerhalb der Stadtverwaltung. Der Frauenanteil unter den</p>	<p>Wenn eine Frau die Kompetenzen für eine Führungsrolle hat, bekommt sie diese auch und nicht durch eine Quote oder eine</p>	<p>Frauenförderung in Kreis- und Stadtverwaltung sowie städtischen oder kreiseigenen Gesellschaften Wie schätzen Sie den Stand der</p>
--	---	---	---

<p>Kinderbetreuung. u. ä. einen Beitrag leisten. Anlässlich der Kommunalwahl vor einem Jahr gab es auf Einladung des Stadtfrauenrates ein Treffen engagierter Frauen in der Stadt. Auf diesem Treffen wurde ein Arbeitskreis gegründet, der ein neues Format für die Vertretung von Frauenrechten in unserer Stadt entwickeln und zur Diskussion stellen will. Eine Vertreterin der Alternativen Liste ist Mitglied in diesem Arbeitskreis. Ich freue mich auf die ersten Vorschläge aus diesem Kreis und werde sie gerne in meine Arbeit im Rathaus mitnehmen.</p>	<p>Beschäftigten der Stadtverwaltung ist mit rund 70 % auch vergleichsweise hoch. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen liegt derzeit bei fast 50 % und ist im Vergleich mit der Beschäftigtenquote noch ausbaufähig. Hier gilt es in den kommenden Jahren, Frauen für die Übernahme von Führungsaufgaben zu qualifizieren, zu stärken und zu gewinnen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch eine familienfreundliche Verwaltung. Das betrifft die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung und zunehmend auch die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. In Verwaltungsbereichen in denen dies möglich ist, gewinnt in diesem Zusammenhang auch die Telearbeit (Homeoffice) an Bedeutung und ist in Erprobung.</p>	<p>Förderung, die dann vielleicht Qualifiziertere Bewerber außen vor lässt. Beiräte sind immer toll! Mehr davon!</p>	<p>Frauenförderung im Rahmen der städtischen Personalentwicklung ein? Wie wollen Sie Frauen verstärkt auf Führungspositionen bringen (der Chefsessel ist drch Ihre Kandidatur ja bereits ausgeschlossen)? Wie stehen Sie zu einem Frauenbeirat für die UHGW, und welche Kompetenzen würden Sie diesem einräumen wollen?</p>
<p>Bei Planung, Bau und Betrieb von Anlagen und Einrichtungen der Mobilität sowie beim Gestalten und Nutzen des öffentlichen Raumes werde ich mich an folgenden Prinzipien orientieren:</p>	<p>Eine Aufschlüsselung der geplanten städtischen Investitionen in die für Straßen und die für Radwege ist zwar theoretisch möglich, macht allerdings unter dem Gesichtspunkt der</p>	<p>Greifswald muss DIE Fahrradstadt Deutschlands werden! Hier die gewünschte Skizzierung:</p>	<p>Fahrradfreundlichkeit Wie wollen Sie verkehrs- und städteplanerisch der Tatsache Rechnung tragen, dass immer weniger Autoverkehr durch immer mehr Radverkehr ersetzt</p>

<ul style="list-style-type: none"> - Langsam vor schnell - Motorfrei vor motorisiert - Elektrischer Antrieb vor Verbrennungsmotoren - Öffentlich vor gemeinschaftlich, gemeinschaftlich vor individuell - Leise vor laut - Schwache vor starken Verkehrsteilnehmer_innen - Mobilitätseingeschränkt vor sportlich - Schiene vor Straße - regionaler Gütertransport vor überregionalem - Schadstofffrei vor umweltschädlich - Grün vor Beton und Asphalt - Interessen der Fahrgäste und AnwohnerInnen vor ökonomischen Interessen der Nutzer öffentlicher Verkehrsinfrastruktur - Fahrzeuge mit geringem Energieverbrauch vor jenen mit hohem <p>Mit diesen Leitprinzipien werden wir unsere Aufenthalts-, Wohn- und Lebensqualität in der beschädigten Umwelt länger in akzeptabler Höhe halten können. Wer sich daran orientiert, nutzt aber auch der eigenen Gesundheit</p>	<p>Verteilungsgerechtigkeit keinen Sinn. Denn zu den Straßen gehören auch die Nebenanlagen, wie eben Radwege und Gehwege. Es ist deshalb zweifelhaft, wie hier eine sachgerechte Unterscheidung vorgenommen werden soll. Zudem kommen in aller Regel die Verbesserungen der Straßen sowohl den motorisierten Verkehrsteilnehmern wie auch den Radfahrern zu Gute. Denn Radfahrer dürfen sich bekanntlich unabhängig von dem Vorhandensein von Radwegen auch auf den allgemeinen Fahrbahnen bewegen. Zusätzlich liegt auf der Hand, dass sich die Anforderungen des motorisierten Individualverkehrs und des ÖPNV ganz wesentlich von den Anforderungen unterscheiden, die für Fuß- und Radwege gelten. Dies betrifft beispielsweise die aufgrund der unterschiedlichen Platzbedürfnisse erforderlichen Fahrbahnbreiten aber auch die Belastungsklassen der hierfür bereitgehaltenen Verkehrsinfrastruktur. Allein daraus erklärt sich, dass die Herstellung von einem Kilometer</p>	<p>Geld → Radverkehr</p>	<p>wird? Bitte konkretisieren Sie dies durch die Skizzierung eines Schlüssels für die finanziellen Aufwendungen der UHGW in dieser Hinsicht.</p>
---	---	--------------------------	--

<p>und achtet jene anderer. Weiterhin werde ich mich für ein zügiges Umsetzen des seit 2009 beschlossenen Radverkehrsplans einsetzen. Mein Ziel sind 10 € pro Jahr und Kopf in der Stadt nur für Rad- und Fußverkehr zu investieren. Im Moment gehen an dieser Stelle städtische ExpertInnen von ca. 2.50 € aus. Ich strebe also eine realistische Vervierfachung der Ausgaben an. Das letzte Wort hat allerdings die Bürgerschaft.</p> <p>Der Sachverstand in der Verwaltung zu Stadtentwicklung und Verkehr muss bereichert werden um die Kenntnisse und das Engagement der betroffenen BürgerInnen und ihrer Initiativen. Die Verwaltung muss die BürgerInnen nicht nur deutlich besser und rechtzeitig informieren, sondern auch ihre Anregungen und Vorschläge aufnehmen und bei Konflikten ausdiskutieren. Dies gilt sowohl für Planfeststellungs- und Bebauungsplanverfahren für Verkehrsbauten als auch für Sanierungen und Modernisierungen von Straßen,</p>	<p>Straße kostenmäßig deutlich teurer ist, als die Herstellung eines Kilometers kombiniertem Geh- und Radweg. Das bedeutet, dass eine prozentuale Verteilung der Haushaltsmittel nach dem Modal-Split nicht sachgerecht wäre, weil in der Folge die Fußgänger und Radfahrer überproportional bevorteilt würden.</p>		
---	---	--	--

<p>Rad- und Gehwegen aber eben auch vor Änderungen des Verkehrsangebots. Dazu sind auch Änderungen im Landesrecht erforderlich wie z. B. bei Ausweisung von Autoparkflächen an privater Wohnbebauung. Gerade hier muss eine Öffnung für die Schaffung alternativer Mobilitätsangebote wie CarSharing und Fahrradparkplätze geschehen. Als Beitrag der Stadtplanung zur Mobilitätssicherung mit weniger Verkehr werde ich mich an folgenden Leitprinzipien orientieren:</p> <ul style="list-style-type: none">- Wohnungen auf solchen Brachflächen bauen, die bereits mit öffentlichem Verkehr erschlossen sind.- Genug erschwingliche Wohnungen in der Nähe von Arbeits- und Ausbildungsorten bauen.- Arbeitsstätten, Schulen, Kitas und Büros in der Nähe von Wohnungen ansiedeln.- dezentrale wohnungsnah Einkaufsmöglichkeiten und gastronomische Einrichtungen			
---	--	--	--

<p>fördern.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Haltestellengerechtigkeit: Haltestellen und Abstellplätze für private Autos in gleicher Entfernung zu Wohnungen, Arbeitsstellen, Freizeiteinrichtungen usw. anlegen wie die Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel. - Projekte zum Auto-armen Wohnen und Leben anschieben und umsetzen. - Handel von Gütern und Nahrungsmitteln gemeinsam mit dem Land organisieren und zwar so, dass ein hoher Anteil Selbstversorgung mit kurzen Transportwegen ermöglicht wird. - Platz für dezentrale Güterverteilknöten und zu Fuß erreichbare Paketstationen vorsehen. <p>Die Antworten unserer Bündnispartner, die nach wie vor gelten, finden Sie an dieser Stelle: https://diagonalquerung.wordpress.com/2014/05/22/unser-wahlprufstein-2014-kurzform-der-antworten/, d. h. unser</p>	<p>Diese Frage kann abschließend nur von der Bürgerschaft beantwortet werden. Im November 2010 hatte diese den Radverkehrsplan beschlossen. Bestandteil ist die Umgestaltung des Platzes der Freiheit und auch der Bau der so</p>	<p>Gestern?</p>	<p>Diagonalquerung Wie stehen Sie zur Diagonalquerung der Europakreuzung? Wann sollte sie umgesetzt werden?</p>
---	---	-----------------	--

<p>Bündnis ist mehrheitlich für die Umgestaltung der Europakreuzung, wenn auch je mit unterschiedlichen Prämissen. Auch hier gilt: das letztes Wort hat die Bürgerschaft, in der unser Bündnis allerdings die gestaltende Mehrheit hat. Ich setze mich dafür ein, die verkehrstechnische Optimierung in den nächsten fünf Jahren umzusetzen.</p> <p>Der derzeitige Zustand ist eine Fehlplanung. Man kann nicht auf einer Hauptverkehrsachse eines Verkehrsmittels eine Strecke als Mischstrecke ausweisen. Ein Trennung der verschiedenen Verkehrsmittel scheint hier angebracht.</p>	<p>genannten Diagonalquerung. Daraufhin hatte die Verwaltung die für die Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Haushaltsmittel in den Entwurf des Haushaltsplans 2011 eingestellt. In der anschließenden Haushaltsberatung wurde das Projekt von der Bürgerschaft dennoch mehrheitlich abgelehnt. Im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2012 wurde erneut über das Projekt diskutiert. Die für die Umsetzung des Projekts erforderlichen Haushaltsmittel wurden aber wiederum nicht beschlossen.</p> <p>Die Straße "Am Mühlentor" ist Beginn bzw. Ende eines Fußgängerzonensystems. In Fußgängerzonen kann unter bestimmten Voraussetzungen auch Radverkehr zugelassen werden. In diesem Fall ist die Straße "Am Mühlentor" breit genug, um ganztägig eine Durchfahrt für Fahrradfahrer zu erlauben. Hierdurch ändert sich aber nichts an dem Charakter der Straße als Fußgängerzone, in der sich die Fußgänger frei bewegen können</p>	<p>Ein Kommission wird gegründet, die sich darum kümmert.</p>	<p>Verkehr am Mühlentor Die Sanierung des östlichen Endes der Einkaufsstraße ist ja nun annähernd beendet. Eine Lösung für das Problem der gegenseitigen Behinderung, ja sogar Gefährdung von Radfahrenden und Fußgehenden zwischen Europakreuzung und Anfang Fußgängerzone ist offenbar nicht gefunden worden. Welche Lösung sehen Sie vor?</p>
--	--	---	---

<p>Die Gründung des Eigenbetriebes ist ein großer Erfolg des Kita-Bündnisses, dessen Mitglieder größtenteils meine Kandidatur unterstützen. Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern aller Fraktionen, der Leitung des Eigenbetriebes sowie der zuständigen MitarbeiterInnen der Verwaltung prüft derzeit, in welcher Rechts- und Eigentumsform die notwendigen Sanierungsmaßnahmen am besten verwirklicht werden können. Eine</p>	<p>sollen. Aus diesem Grund wurde auf ein in der Mitte der Straße befindliches Asphaltband bewusst verzichtet, auf dem sich Fahrradfahrer mit mehr oder weniger hoher Geschwindigkeit bewegen könnten. Es handelt sich hier also gewissermaßen um die Umsetzung eines Shared Space Projektes, dass auf die gegenseitige Verständigung der Verkehrsteilnehmer setzt, für die natürlich weiterhin der Grundsatz der ständigen Vorsicht und gegenseitigen Rücksichtnahme gilt.</p> <p>Neben den Einrichtungen in freier Trägerschaft sind die kommunalen Kindertagesstätten ein wichtiges Instrument, um die Kindertagesförderung in unserer Stadt maßgeblich zu gestalten. Durch die Gründung des städtischen Eigenbetriebes "Hanse-Kinder" soll erreicht werden, dass die städtischen Einrichtungen dauerhaft konkurrenzfähig betrieben werden können. Das Ziel des Eigenbetriebs besteht darin, die</p>	<p>Es soll ordentlich saniert werden und die besten Konzepte angewendet werden.</p>	<p>Kitas und ihre Sanierung Wie stellen sich die Zukunft der städtischen Kitas vor? Wie soll die Gebäude saniert werden, wie sollen sich die Elternbeiträge entwickeln, welche Pädagogischen Konzepte sollen angewendet werden?</p>
--	---	---	---

<p>Entscheidung soll noch vor der Sommerpause fallen. Die Elternbeiträge sollen natürlich in Zukunft möglichst wenig steigen. Mögliche Hebel sind hier die Sanierung der Gebäude und die Reduzierung der Personalkosten. Die Entwicklung des pädagogischen Konzepts ist Sache des Eigenbetriebes. Das von ihm favorisierte Konzept der teiloffenen Arbeit findet meine Unterstützung. Darauf aufbauend werden alle Kitas weiterhin ein eigenes pädagogisches Profil, im Sinne einer speziellen Pädagogik oder eines Schwerpunktes in der Betreuungsarbeit vorweisen.</p>	<p>Kostentransparenz zu erhöhen, die Platzkosten mittelfristig zu senken und die Immobilien zeitnah zu sanieren. Hinsichtlich des pädagogischen Konzeptes besteht das Ziel in einer Vereinheitlichung, denn bislang bieten die Einrichtungen eine Vielzahl von konzeptionellen Ausrichtungen. Künftig soll das pädagogische Konzept einheitlich auf der Basis einer teiloffenen Arbeit erfolgen, um den Kindern ein hohes Maß an Eigenständigkeit und Entscheidungsfreiheit einzuräumen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Gebäude der Kitas bis 2020 in einen baulich akzeptablen Stand versetzt werden, der zu den pädagogischen Konzepten passt, für Nutzerzufriedenheit sorgt und Betriebskosten nach sich zieht, die als wirtschaftlich vertretbar sind.</p>		
<p>Meines Wissens bekommt der polenmARkT einen Zuschuss von 1.500 €. Der polenmARkT gehört zu den wichtigsten kulturellen Aktivitäten der Stadt. Dies sollte sich auch in der finanziellen</p>	<p>Ich bin grundsätzlich für eine stärkere Unterstützung und den Ausbau der kulturellen Höhepunkte in der Stadt. Ich möchte diese Förderung nicht in Form einer direkten finanziellen</p>	<p>Wenn mir endlich mal jemand sagen würde, was da gemacht wird, dann vielleicht ja.</p>	<p>Kulturförderung polenmARkT Neben dem Nordischen Klang ist der polenmARkT ein weiteres Festival mit überregionaler Ausstrahlung in der Stadt. Bisdher werden</p>

<p>Unterstützung durch die Stadt widerspiegeln.</p>	<p>Unterstützung über den Kernhaushalt der Stadt bewerkstelligen, sondern eingebettet in die Gesamtmarketingstrategie der Stadt, über die in Gründung befindliche Greifswald Marketing GmbH organisieren. Diese GmbH wird eine Zuschuss-GmbH werden, die zwar auch Erträge erwirtschaften soll, die aber als ein Hauptziel das Innen- und Außenmarketing der Stadt hat, das Geld kosten wird. Dabei stellt die GmbH nach meiner Vorstellung die Basis und den Anker für all die kleinen und größeren Events und Festivals in der Stadt dar, die für eine deutlich wahrnehmbare Werbung sorgt, aber auch direkt bei der Organisation hilft. Wo dies für die Gesamtstrategie erforderlich ist, soll auch mit finanziellen Mitteln unterstützt werden.</p>		<p>seitens der Stadt etwa 1000 Euro in das Festival investiert. Können Sie sich eine umfangreichere Beteiligung vorstellen?</p>
<p>Viele Menschen möchten ihr Umfeld gestalten, wollen bei der Entwicklung ihres Quartiers und der ganzen Stadt mitreden und mitmachen. Ich möchte mehr als</p>	<p>Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, das es immer besser ist miteinander zu reden, als übereinander. Der Prozess der aktiven Bürgerbeteiligung ist aber</p>	<p>Jede Planung wird sofort bei Facebook gepostet und die Kommentare darunter entscheiden über die Umsetzung. Alternativ können</p>	<p>Partizipation Wie schätzen Sie die Partizipationsmöglichkeiten der Greifswalder Einwohnenden hinsichtlich städtischer Planungsprozesse (Beispiel:</p>

<p>nur die Stadt verwalten, ich möchte viele Menschen in die Entwicklung ihrer Stadt einbeziehen und so ein demokratisches, dynamisches und lebenswertes Greifswald schaffen. Ich werde deshalb die Möglichkeiten der Beteiligung ausbauen. Neben bewährten Formen müssen neue Wege – auch online - ausprobiert werden. Die Verwaltung darf Bürger_innen, die sich einmischen, nicht als Last empfinden, sondern muss sie als Bereicherung sehen. Ich werde als erstes zuhören; in Sprechstunden in allen Stadtteilen, in Foren und Werkstätten und auf Stadtteilversammlungen. Ich werde die Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen und professionalisieren. Und ich werde dafür sorgen, dass Menschen Verantwortung übernehmen können (zum Beispiel bei der Pflege von Grünanlagen). Durch mehr Rechte und eigene finanzielle Mittel können die Ortsteilvertretungen eine größere</p>	<p>nicht ganz neu und auch wurde nicht erst im Zusammenhang mit den KAW-Hallen praktiziert. Bereits beim Ausbau der Grimmer Straße und der Heinrich-Heine-Straße konnte so ein weitgehender Interessenausgleich zwischen Verwaltung und Anwohnern erreicht werden. Doch wie die aktuelle Diskussion um die Umgestaltung des Karl-Marx-Platzes zeigt, bietet auch eine umfangreiche und langwierige Beteiligung der Anwohner nicht immer die Gewähr, dass das Ergebnis alle zufrieden stellt. Es ist deshalb erforderlich, die Ortsteilvertretungen bereits stärker in die Planungsprozesse einzubinden, die wiederum möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an diesem Prozess beteiligen sollten. Dazu möchte ich eine regelmäßige Bürgersprechstunde für alle Greifswalder außerhalb der Öffnungszeiten des Rathauses, wie zum Beispiel an Samstagen, anbieten. Außerdem können sicher auch repräsentative (Telefon)Umfragen ein geeignetes Mittel sein, die Meinung der</p>	<p>auch Briefe geschrieben werden.</p>	<p>KAW-Hallen, Baumfällungen KMP) ein? Welche neuen, partizipationsstärkenden Ideen haben Sie zur Einbeziehung der Einwohnenden in Planungsprozesse?</p>
---	---	--	--

<p>Verantwortung für die Gestaltung ihres Stadtteiles übernehmen: Entscheidung vor Ort! Bei großen Investitionsmaßnahmen, wie etwa des Geländes der KAW-Hallen, sind von vornherein qualifizierte Moderationsprozesse vorzusehen und die Menschen von Beginn an einzubeziehen. Ich will die Einsetzung von Jugend- und Familienbeiräten sowie von lokalen Wirtschaftsgipfeln diskutieren.</p>	<p>Betroffenen frühzeitig in Erfahrung zu bringen.</p>		
---	--	--	--